

Markus Marterbauer

# Boom der Weltwirtschaft strahlt allmählich auf Euro-Raum und Österreich aus

## Prognose für 2004 und 2005

**Das Wachstum des BIP wird heuer real 1,7% erreichen. In den letzten Monaten verstärkte sich vor allem die Nachfrage aus Deutschland merklich. Bei einem Anhalten der vorsichtigen Konjunkturerholung im Euro-Raum könnte sich das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr auf 2,5% erhöhen. Dann werden auch Impulse aus dem privaten Konsum wirksam. Die Beschäftigung reagiert wie gewohnt positiv auf das Wirtschaftswachstum. Sonderfaktoren haben allerdings zur Folge, dass trotz Konjunkturerholung die Arbeitslosigkeit nicht sinkt und das Defizit im Staatshaushalt steigt.**

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 30. Juni 2004. •  
E-Mail-Adresse: [Markus.Marterbauer@wifo.ac.at](mailto:Markus.Marterbauer@wifo.ac.at)

Die Wirtschaft wuchs im I. Quartal im Euro-Raum (real +2% gegenüber dem Vorjahr) und besonders in Deutschland (+1,5%) kräftiger, als in allen Konjunkturanalysen erwartet. In Österreich blieb die Expansion mit +0,7% noch sehr verhalten. Vieles deutet darauf hin, dass die vom Boom in China und dem Aufschwung in Nordamerika getragene günstige Entwicklung der Weltwirtschaft allmählich auch in Europa Wachstumskräfte entfaltet. Die mehr als drei Jahre dauernde Stagnation der Wirtschaft im Euro-Raum könnte nun einer verhaltenen Konjunkturerholung gewichen sein. Vor allem die deutsche Exportwirtschaft profitiert von ihrer engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft.

Gemäß den Konjunkturumfragen im Euro-Raum, in Deutschland und in Österreich schätzen die Unternehmen der Sachgütererzeugung die aktuelle Geschäftslage merklich günstiger ein als vor einem Jahr; allerdings erwarten sie keine zügige Aufwärtstendenz, wie sie für vergangene Konjunkturzyklen typisch war. Der hohe Wechselkurs des Euro, der kräftige Anstieg der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und vor allem die anhaltende Schwäche der Konsumnachfrage im Euro-Raum bilden Risiken für den weiteren Gang der Konjunktur.

Die österreichische Industrie profitiert aufgrund ihrer engen Zulieferbeziehungen vor allem von der markanten Erholung der deutschen Exportwirtschaft. Im Frühjahr dürfte die Warenausfuhr bereits kräftig gestiegen sein. Der Export wird heuer real um 5½% wachsen, obwohl die effektive Aufwertung und eine Verschärfung der Konkurrenzbedingungen in den neuen Mitgliedstaaten der EU den Marktanteil der heimischen Exporteure leicht dämpfen. Die preisliche Wettbewerbsposition der österreichischen Industrie hat sich mittelfristig deutlich verbessert, die relativen Lohnstückkosten sind gegenüber den Handelspartnern seit 1999 um 6% gesunken. Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung steigt 2004 real um 2,8%, merklich rascher als im Durchschnitt der letzten drei Jahre. Eine Aufwärtstendenz der Absatzerwartungen und der Kapazitätsauslastung bringt heuer auch die Investitionskonjunktur in Gang. Allerdings wurden aus steuerlichen Gründen häufig Anschaffungen, vor allem von Fahrzeugen, bereits in das Jahr 2003 vorgezogen.

Der Anstieg der Energiepreise hat eine beträchtliche Verschlechterung der Terms-of-Trade zur Folge und trägt dazu bei, dass das Defizit in der Leistungsbilanz bei etwa 2 Mrd. € verharrt. Er schlägt auch bereits auf die Verbraucherebene durch und er-

hört die Inflationsrate in den Jahren 2004 und 2005 im Durchschnitt um ¼ Prozentpunkt auf jeweils knapp 2%. Das Wachstum der verfügbaren Realeinkommen (2004 +1¼%) wird leicht gedämpft. Die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer nehmen 2004 das vierte Jahr in Folge kaum zu. Die Mehraufwendungen für Energie dämpfen den Konsum der privaten Haushalte leicht, gehen aber vor allem zulasten des Sparanteils am verfügbaren Einkommen. Erst im Jahr 2005 bringt die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer eine merkliche Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen. Die Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte könnte dann zum ersten Mal seit vier Jahren den langfristigen Durchschnitt erreichen (real +2½%). Die Sparquote wird auf knapp 9% der verfügbaren Einkommen steigen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5
Nominell		+ 4,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 4,2
Sachgütererzeugung <sup>1)</sup> , real		+ 6,4	+ 1,5	+ 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 4,0
Handel, real		+ 3,7	- 0,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,5
Private Konsumausgaben, real		+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 6,2	- 2,3	- 2,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,7
Ausrüstungen <sup>2)</sup>		+ 11,8	- 2,1	- 5,2	+ 6,2	+ 4,0	+ 6,0
Bauten		+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,7
Warenexporte <sup>3)</sup>							
Real		+ 13,1	+ 7,5	+ 5,2	+ 2,7	+ 5,5	+ 6,8
Nominell		+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+ 6,4	+ 7,3
Warenimporte <sup>3)</sup>							
Real		+ 10,9	+ 5,7	+ 0,8	+ 6,2	+ 3,8	+ 7,1
Nominell		+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 7,8
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 5,36	- 4,13	+ 0,36	- 2,04	- 1,80	- 2,02
	in % des BIP	- 2,6	- 1,9	+ 0,2	- 0,9	- 0,8	- 0,8
Sekundärmarktrendite <sup>4)</sup>	in %	5,6	5,1	5,0	4,2	4,3	4,5
Verbraucherpreise		+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) <sup>5)</sup>		3,7	3,6	4,3	4,4	4,5	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>		5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	7,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>7)</sup>		+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 1,5	+ 0,2	- 0,2	- 1,3	- 1,2	- 1,7

<sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – <sup>2)</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>3)</sup> Laut Statistik Austria. – <sup>4)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – <sup>5)</sup> Labour Force Survey. – <sup>6)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>7)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

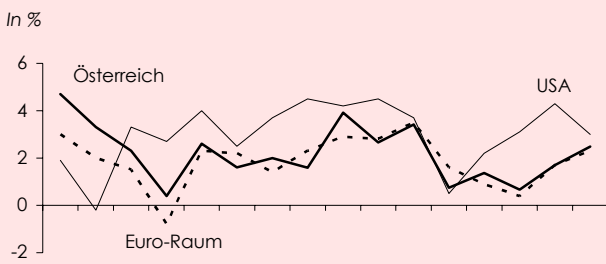
Die Bauwirtschaft erwies sich schon 2003 als wichtiger Wachstumsmotor, sie expandiert auch heuer kräftig (real +2½%). Im Tiefbau bleibt die Auftragslage sehr gut, im Hochbau kündigt sich jedoch eine Abschwächung an. Zum einen steigt die Leerstandsquote im Bürobereich rasch, sodass die Produktion gedrosselt werden dürfte. Zum anderen gehen die Baubewilligungen für geförderte Wohnungen aufgrund der schwachen Nachfrage erheblich zurück (2003 -4.000 Einheiten, -10%).

Wie gewohnt reagiert die Beschäftigung auf die Verbesserung der Konjunktur. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöht sich heuer um 0,6% und 2005 um 0,9%. Nun könnte auch die Zahl der beschäftigten Inländer, die in den vergangenen zwei Jahren um 30.000 geschrumpft war, wieder leicht zunehmen. Der Zustrom an ausländischen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt bleibt sehr hoch. In der Folge dieser starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes reagiert die Zahl der Arbeitslosen nicht auf die günstigere Konjunkturlage, sie verharrt im Jahresdurchschnitt 2005 bei etwa 240.000.

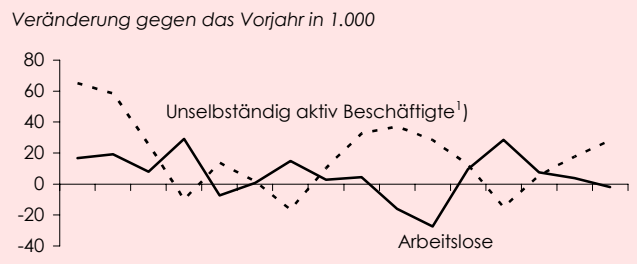
Auch der Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors verringert sich trotz der Erholung der Wirtschaft nicht. Das Defizit beträgt laut Maastricht-Berechnung heuer etwa 3 Mrd. € (-1¼% des BIP), im kommenden Jahr 4 Mrd. € (-1¾%). Die Verlängerung der steuerlichen Investitionsförderungen sowie steigende Transfers für Kinderbetreuungsgeld und Altersteilzeit belasten 2004 das Budget. 2005 schlägt sich vor allem die umfangreiche Senkung von Gewinn- und Lohnsteuern nieder.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

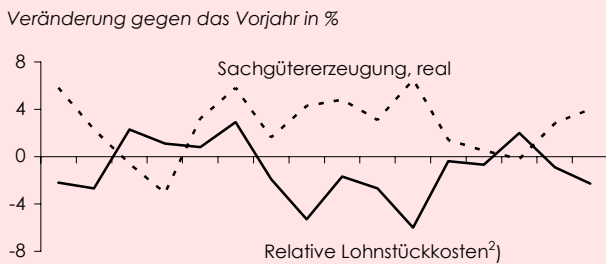
Wirtschaftswachstum



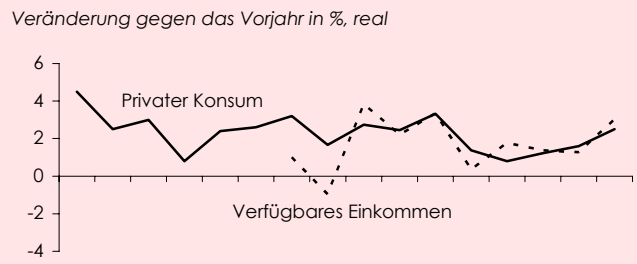
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



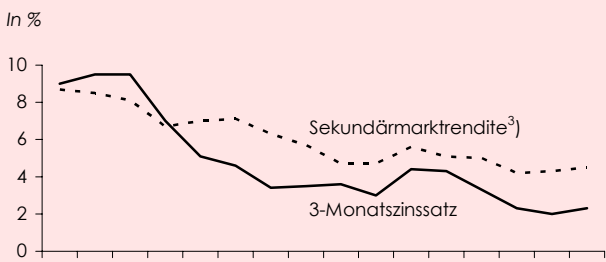
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



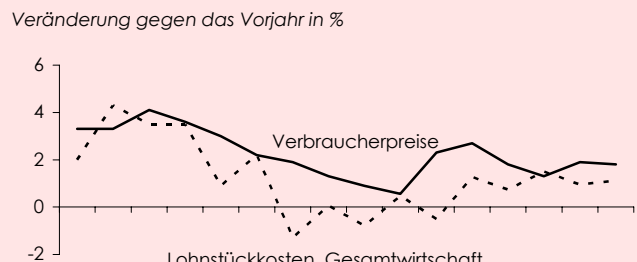
Konsum und Einkommen privater Haushalte



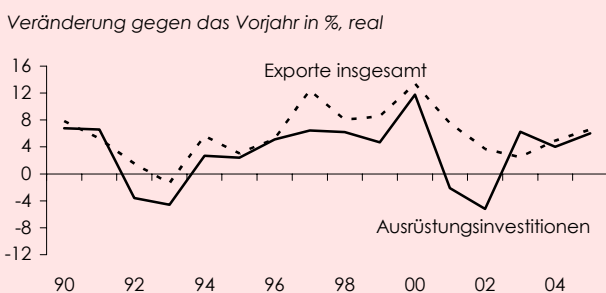
Kurz- und langfristige Zinssätze



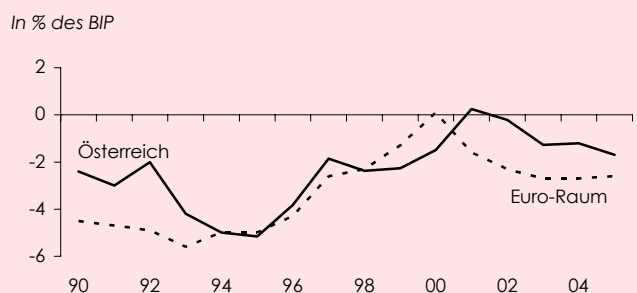
Preise und Lohnstückkosten



Export und Investitionen



Finanzierungssaldo des Staates



<sup>1)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – <sup>2)</sup> In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – <sup>3)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die Weltwirtschaft entwickelt sich – angetrieben vom Boom in China und dem Konjunkturaufschwung in Nordamerika – außergewöhnlich günstig. Das Wachstum des Welthandels könnte heuer mehr als 8% erreichen und dürfte sich 2005 nur wenig abschwächen. Die hohe Dynamik der Weltwirtschaft strahlt auch auf jene Wirtschaftsräume aus, die bedingt durch die Schwäche der Binnennachfrage von langjähriger Stagnation geprägt sind. Insbesondere in Japan folgt der Erholung des Exports nun auch eine Ausweitung von Investitionen und Konsum der privaten Haushalte. Auch

**Kräftige Expansion der Weltwirtschaft**

für Europa bedeutet die rege internationale Nachfrage einen entscheidenden Konjunkturimpuls. Die traditionell stark mit der Weltwirtschaft verflochtenen exportorientierten Volkswirtschaften – insbesondere Deutschland – verzeichneten im I. Quartal 2004 bereits eine markante Ausweitung der Ausfuhr.

Das rasche Wachstum der Weltwirtschaft und des Welt Handels verleiht nun auch jenen Volkswirtschaften Impulse, die bislang wegen der Schwäche ihrer Binnennachfrage von Stagnation geprägt waren. Gleichzeitig trägt es zu kräftigem Preisaufrtrieb auf den Rohstoffmärkten bei.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,7
USA	+ 3,7	+ 0,5	+ 2,2	+ 3,1	+ 4,3	+ 3,0
Japan	+ 2,8	+ 0,4	- 0,4	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,8
Asien (ohne Japan)	+ 6,8	+ 5,2	+ 6,0	+ 7,2	+ 7,0	+ 6,5
EU 25	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,5
EU 15	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,4
Euro-Raum	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,7	+ 2,3
Deutschland	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	- 0,1	+ 1,4	+ 1,8
Beitrittsländer <sup>1)</sup>	+ 4,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,0
Welthandel, real	+ 12,4	+ 0,3	+ 3,3	+ 4,1	+ 8,5	+ 7,0
Marktwachstum Österreichs <sup>2)</sup>	+ 12,2	+ 2,2	+ 1,8	+ 4,4	+ 6,0	+ 6,8
Weltmarkt-Rohstoffpreise <sup>3)</sup>						
Insgesamt	+ 51,0	- 8,0	- 5,0	- 4,0	+ 14,0	+ 4,0
Ohne Rohöl	+ 19,0	- 3,0	- 6,0	- 6,0	+ 12,0	+ 10,0
Erdölpreis <sup>4)</sup>	\$ je Barrel	28,0	23,6	24,1	28,4	34,5
Wechselkurs	\$ je Euro	0,924	0,896	0,945	1,131	1,20

<sup>1)</sup> Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – <sup>2)</sup> Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>3)</sup> HWWA-Index, Euro-Basis. – <sup>4)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Das rasche Wachstum der Weltwirtschaft geht mit einem kräftigen Anstieg der Nachfrage und der Preise international gehandelter Rohstoffe einher. Besonders stark steigen die Importe von Rohöl, Metallen und Halbfertigwaren in China. Rohstoffe verteuern sich beträchtlich, auch auf Euro-Basis. Alle internationalen Analysen lassen erwarten, dass die hohen Rohstoffpreise das Wachstum der Wirtschaft in den Industrieländern zwar dämpfen, aber nicht entscheidend verringern werden.

### Starker Anstieg der Rohstoffpreise dämpft Konjunktur leicht

Die Rohstoffpreise lagen laut HWWA-Index auf Euro-Basis im Mai um 36% über dem Tiefstand vom Mai 2003. Besonders Chinas Importnachfrage nach Rohstoffen ist ungebrochen, doch auch die Konjunkturerholung in den Industrieländern trägt zum hohen Preisniveau bei. Trotzdem deutet sich eine Abflachung des Preisanstiegs an. Einerseits verkündet die Regierung in China eine "sanfte Landung" – das sollte ein Nachlassen der spekulativen Käufe auf den Rohstoffmärkten nach sich ziehen –, und andererseits wird die Förderung von Rohstoffen kräftig ausgeweitet.

Schwierig zu bewerten ist die Lage auf dem Weltmarkt für Rohöl. Das WIFO revidiert seine Annahme für den Rohölpreis von 31 \$ je Barrel für den Jahresdurchschnitt 2004 und 2005 auf 34,5 \$ je Barrel. Im Rohölpreis auf den Weltmärkten ist aufgrund der erheblichen Gefahr weiterer Terroranschläge in den erdölexportierenden Ländern eine hohe Risikoprämie enthalten. Die Entwicklung der Erdölpreise ist deshalb sehr unsicher und eng mit der geopolitischen Lage verbunden. Eine Verschärfung der politischen Instabilitäten im Nahen und Mittleren Osten würde neuerlich kräftige Zuschläge auf die Erdölpreise bewirken. Die hohe Risikoprämie kann wegen knapper Raffinerie-Kapazitäten in den USA kaum durch eine Steigerung der Produktion beseitigt werden. Verschärft wird die Situation durch die strategische Lagerauffüllung durch die USA und spekulative Käufe.

Dennoch erwiesen sich bislang die negativen Auswirkungen auf Inflation und BIP in den Industrieländern als gering. Die Erdölabhängigkeit der Industrieländer ist heute geringer als in der Vergangenheit, und auch die Stärke des Euro gegenüber dem Dollar hat den Preisaufrtrieb lange abgefedert. Seit Mai machen sich allerdings im Euro-Raum deutliche Preisaufrtriebstendenzen bemerkbar, bislang vor allem aufgrund einer Verteuerung der Kraftstoffe. Die Auswirkungen des Rohölpreisanstiegs dürften das Preisniveau auf Verbraucherebene 2004 und 2005 um jeweils etwa ¼% erhöhen.

Modellrechnungen internationaler Organisationen lassen erwarten, dass ein Anstieg der Rohölpreise um 10% das Wachstum des BIP in den Industrieländern um gut 0,1 Prozentpunkt dämpft. Die Erdölverteuerung dürfte für Österreich kurzfristig einen Wachstumsverlust von etwa 0,15 Prozentpunkten mit sich bringen. Ein Anstieg der Rohölpreise bedeutet eine Veränderung der Terms-of-Trade und eine Umverteilung von Einkommen von den erdölimportierenden zu den erdölexportierenden Ländern. Wenn die Rohölproduzenten zusätzliche Einnahmen zur Ausweitung der Importe verwenden, fallen die negativen Auswirkungen für die Industrieländer mittelfristig geringer aus.

Begünstigt von der starken Expansion der Weltwirtschaft beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum im I. Quartal 2004. Das reale BIP erhöhte sich nach vorläufigen Schätzungen der Europäischen Kommission um gut ½% gegenüber dem Vorquartal (saisonbereinigt) und um 2% gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber der Vorperiode war dies der höchste Zuwachs seit dem I. Quartal 2001. Die Ausweitung der Produktion geht vor allem auf die zunehmende Nachfrage aus dem Ausland zurück. Zum ersten Mal seit drei Jahren ist auch eine Erholung der Investitionsnachfrage festzustellen, die allerdings aufgrund ausreichender freier Kapazitäten nur verhalten vorankommt.

Die Umfragen der Europäischen Kommission unter den Unternehmen der konjunktur-reagiblen Sachgütererzeugung lassen erkennen, dass sich die Erholung im II. Quartal fortsetzte, allerdings dürfte sich das Wirtschaftswachstum nicht wesentlich beschleunigt haben. Es ist deshalb deutlich zu früh, um von einem Konjunkturaufschwung nach bekanntem Muster und in üblicher Stärke zu sprechen. Das BIP dürfte heuer real um etwa 1¼% und im Jahr 2005 um 2¼% wachsen.

Das größte Problem der Konjunktur im Euro-Raum bleibt die Schwäche des privaten Konsums. Die langsame Erholung des Verbrauchervertrauens im Jahr 2003 setzte sich Anfang 2004 nicht fort. Vor allem die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmende Sorge um die Entwicklung der Sozialsysteme verunsichern die privaten Haushalte und veranlassen sie, die geringfügigen Einkommenszuwächse eher zu einer Erhöhung des Sparanteils als zu einer Ausweitung der Konsumausgaben zu verwenden. Bedingt durch die Schwäche der Inlandsnachfrage und die merkliche Expansion der Ausfuhr steigt der seit mehreren Jahren zu beobachtende Überschuss in der Leistungsbilanz des Euro-Raumes. Er dürfte heuer etwa ¾% des BIP erreichen.

Das Wirtschaftswachstum bleibt heuer zu niedrig, um eine Entlastung der Lage auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Die Arbeitslosenquote wird im Durchschnitt des Jahres etwa 8,8% der Erwerbspersonen erreichen, um etwa 1 Prozentpunkt mehr als Anfang 2001. Das entspricht einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen während der dreijährigen Stagnationsperiode um mehr als 1 Mio. Auch der kräftige Anstieg der Neuverschuldung des öffentlichen Sektors ist primär ein Ergebnis schwacher Einnahmementwicklung und steigender Belastungen durch die lange Stagnation der Wirtschaft. Das Defizit im Finanzierungssaldo des Staates erreicht im Euro-Raum heuer im Durchschnitt knapp 3% des BIP, fast doppelt so viel wie im Jahr 2001.

Aufgrund der kräftigen Rohstoffverteuerung dürfte der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euro-Raum 2004 zum fünften Mal in Folge die von der EZB gewählte Marke der Preisstabilität von 2% übersteigen. Allerdings sollte ein vorübergehendes Entstehen von Inflation wegen höherer Importpreise nicht zum Anlass für geldpolitische Reaktionen genommen werden – umso mehr, als von binnenwirtschaftlicher Seite keine Gefahren für die Preisstabilität ausgehen. Die Reallöhne wachsen seit mehreren Jahren pro Kopf um weniger als 1% und damit noch langsamer als die Produktion, die realen Lohnstückkosten gehen stetig zurück. Die kurzfristigen Zinssätze liegen im Euro-Raum nach wie vor über dem Niveau der USA, obwohl deren Wirtschaft markant stärker expandiert.

## **Beginnende Erholung im Euro-Raum, Arbeitslosigkeit und Budgetdefizite bleiben hoch**

*Die Wirtschaft des Euro-Raumes beginnt vom Boom der Weltwirtschaft zu profitieren. Die Konjunkturerholung der Exporte hat eingesetzt, aufgrund zu geringer Kapazitätsauslastung ist die Dynamik der Investitionstätigkeit allerdings noch schwach. Heuer dürfte das BIP um 1¼%, 2005 um 2¼% wachsen. Der Überschuss in der Leistungsbilanz steigt stetig.*

*Die Belebung des Wirtschaftswachstums ist vorläufig zu gering, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten zu entspannen. Die Arbeitslosenquote wird im Euro-Raum heuer fast 9% der Erwerbspersonen erreichen, das Defizit im Finanzierungssaldo des Staates durchschnittlich knapp 3% des BIP betragen. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex dürfte auf über 2% revidiert werden.*

## Deutsche Exportwirtschaft kräftig belebt

*In Deutschland zog der Export im I. Quartal kräftig an und ermöglichte ein unerwartet rasches Wirtschaftswachstum. Die deutsche Exportindustrie profitiert besonders vom Boom der Weltwirtschaft, ihre preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit erweist sich als hoch. Allerdings bremsen insbesondere die Schwäche von Bauinvestitionen und privatem Konsum die Konjunkturerholung.*

Das Wirtschaftswachstum war in Deutschland im I. Quartal 2004 mit real +0,4% gegenüber dem Vorquartal und +1½% gegenüber dem Vorjahr merklich höher als von den deutschen und internationalen Konjunkturbeobachtern erwartet. Es wurde ausschließlich vom Export getragen, während sich die Inlandsnachfrage weiter als rückläufig erweist. Die deutsche Wirtschaft profitiert überdurchschnittlich von der Erholung der internationalen Nachfrage. Auf Probleme mangelnder qualitativer oder preislicher Konkurrenzfähigkeit deutet wenig hin.

Die rege Expansion der weltweiten Nachfrage wird die deutsche Wirtschaft besonders begünstigen. Kräftige Zuwachsraten im Export sollten auch eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen einleiten. Allerdings bleiben Bauinvestitionen und privater Konsum die bremsenden Faktoren der deutschen Konjunktur. In der Bauwirtschaft sind die Auftragseingänge nach einer Stabilisierung im 2. Halbjahr 2003 seit Jahresbeginn wieder rückläufig. Vor allem die Zurückhaltung der Gemeinden in der Vergabe öffentlicher Investitionen erweist sich als dämpfend. Die Konsumflaute ist auf die schwache Entwicklung der Einkommen und auf verbreitetes Vorsichtssparen zurückzuführen. Die weitere Etappe der Einkommensteuersenkung zu Jahresbeginn hat keine merklichen Impulse für die Konsumausgaben der privaten Haushalte gesetzt.

Die Ergebnisse des ifo-Geschäftsklimaindex bestätigen die Einschätzung einer langsamen Konjunkturerholung mit Rückschlägen. Seit Mitte 2003 verbessert sich die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage der deutschen Wirtschaft allmählich, ohne jene Dynamik zu gewinnen, wie sie etwa für den Konjunkturaufschwung 1993/94 oder 1999/2000 charakteristisch war. Die markante Verbesserung der langfristigen Geschäftserwartungen im 2. Halbjahr 2003 entsprach hingegen zunächst eindeutig dem Muster eines raschen Aufschwungs, diese Erwartungen wurden seit Jahresbeginn aber deutlich nach unten korrigiert.

Die günstigen Rahmenbedingungen für die Exportwirtschaft lassen erwarten, dass sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland heuer auf etwa 1½% erhöht; im kommenden Jahr könnte es fast 2% erreichen, sofern die Lage der Weltwirtschaft günstig bleibt. Dies ist aber zu wenig, um einen Rückgang der hohen Arbeitslosigkeit auszulösen, die Arbeitslosenquote wird heuer mehr als 9% betragen. Das Wachstum erlaubt auch keine Entspannung der Budgetsituation. Trotz umfangreicher geplanter Privatisierungserlöse dürfte der Finanzierungssaldo des Staates im Jahr 2005 neuerlich einen Abgang von mehr als 3% des BIP aufweisen. Eine merkliche Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Budgetsituation ist nur im Fall einer deutlichen Beschleunigung des Wirtschaftswachstums möglich.

## Entwicklung in den neuen EU-Ländern unterschiedlich

Die neuen EU-Länder weisen durchwegs ein höheres Wirtschaftswachstum auf als die Länder der EU 15. Im Jahr 2003 lag es im Durchschnitt bei gut 3½%, heuer könnte es 4% betragen. Dies spiegelt einen Aufholprozess wider, der allerdings langsamer vorankommt als von der Bevölkerung erwartet. In der Mehrzahl der neuen Mitgliedsländer wird das BIP pro Kopf den Durchschnitt der EU 15 erst in einigen Jahrzehnten erreichen. Besonders rasch wächst – allerdings von relativ niedrigem Niveau aus – die polnische Wirtschaft, insbesondere in der Folge der Abwertung des Zloty und des nunmehr expansiveren Kurses der Zentralbank. Auch in der Slowakei, die lange zu den Nachzüglern im Aufholprozess zählte, beschleunigt sich das Wachstum. Hingegen bleibt die Dynamik in Ungarn, Österreichs Haupthandelspartner unter den neuen EU-Ländern, relativ schwach. Restriktive Zinspolitik zur Stabilisierung der Währung und ein Nachlassen der Dynamik der ausländischen Direktinvestitionen bilden die wichtigsten Ursachen.

## Verhaltene Konjunkturerholung

Die österreichische Wirtschaft wuchs im Jahr 2003 real um 0,7%, geringfügig schwächer als der Durchschnitt der EU-Länder (+0,9%). Im I. Quartal 2004 betrug der Anstieg des BIP laut vorläufigen Berechnungen des WIFO gegenüber dem Vorjahr nur 0,7% und blieb damit deutlich hinter dem Durchschnitt der EU 15 zurück (+2,3%). Allerdings setzte im Frühjahr eine Erholung der Warenexporte vor allem nach Deutschland ein, die anhalten sollte. Der WIFO-Konjunkturtest unter den Unternehmen der Sachgütererzeugung deutet nicht auf einen dynamischen Konjunkturaufschwung

hin. Im April und Mai verbesserten sich die Produktionserwartungen etwas, die längerfristige Geschäftslage wird aber merklich ungünstiger eingeschätzt als Ende 2003. Die Unternehmen mussten offenbar die Erwartung einer zügigen Aufwärtstendenz, wie sie für vergangene Konjunkturzyklen typisch war, korrigieren. Die Konjunkturerholung dürfte deshalb in der exportorientierten Industrie verhaltener verlaufen als früher.

Die Inlandsnachfrage entwickelt sich in Österreich nach zwei Jahren der ausgeprägten Schwäche seit 2003 günstiger als in anderen EU-Ländern. Dies geht vor allem auf die Bauwirtschaft zurück, die von hohen öffentlichen Aufträgen im Tiefbau profitiert. Auch der private Konsum erholt sich langsam, 2005 werden positive Impulse durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer wirksam. Das Wachstum des BIP könnte sich nach 1,7% (2004) im kommenden Jahr leicht auf 2½% erhöhen. Saisonbereinigt beschleunigt sich die Expansion im II. Quartal 2004 getrieben vom Export und liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei +½% bis ¾% gegenüber dem Vorquartal.

*In Österreich wächst das reale BIP wie in den letzten Jahren nur wenig langsamer als in der EU und etwa gleich rasch wie im Euro-Raum. Die Konjunkturerholung wird primär von der Wirtschaftsentwicklung bei den Handelspartnern bestimmt, allerdings leisten schon seit dem vergangenen Jahr Bauwirtschaft und privater Konsum nennenswerte Wachstumsbeiträge. Die Belebung erscheint noch zu wenig gefestigt, um von einem Aufschwung sprechen zu können.*

### Übersicht 3: Entwicklung der Nachfrage

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	149,45	151,08	152,91	155,81	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9
Private Haushalte <sup>1)</sup>	112,80	114,17	116,00	118,90	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,5
Staat	36,66	36,91	36,91	36,91	+ 0,1	+ 0,7	± 0,0	± 0,0
Bruttoinvestitionen	45,46	48,18	48,88	50,81	- 3,3	+ 6,0	+ 1,5	+ 3,9
Bruttoanlageinvestitionen	44,80	46,87	48,37	50,15	- 2,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 3,7
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	20,23	21,50	22,36	23,70	- 5,2	+ 6,2	+ 4,0	+ 6,0
Bauten	24,57	25,38	26,01	26,45	- 0,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,7
Vorratsveränderung <sup>3)</sup>	0,66	1,31	0,51	0,66				
Statistische Differenz	0,03	0,01	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	194,94	199,28	201,79	206,62	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,4
Exporte	111,19	113,98	119,57	127,47	+ 3,7	+ 2,5	+ 4,9	+ 6,6
Reiseverkehr	10,54	10,63	10,82	11,17	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,7	+ 3,3
Minus Importe	104,96	110,74	115,41	123,02	+ 1,2	+ 5,5	+ 4,2	+ 6,6
Reiseverkehr	8,08	8,15	8,28	8,51	- 4,0	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,52	205,95	211,07	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5
Nominell	218,33	224,13	231,00	240,69	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 4,2

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – <sup>3)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die Risiken der vorliegenden Konjunkturprognose scheinen ausgewogen. Getragen von der hohen Dynamik der Weltwirtschaft könnte eine deutlichere Beschleunigung der Exportzunahme in Deutschland – vor allem wenn sie auf die Investitionstätigkeit überspringt – auch die heimischen Wachstumskräfte stärker entfalten. Andererseits weisen die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen im Euro-Raum und besonders in Deutschland darauf hin, dass die Konjunkturerholung durch den hohen Wechselkurs des Euro und weitere Ausgabenkürzungen durch den Staat gebremst wird. Ein besonderes Risiko liegt in der Entwicklung der Erdölpreise, die bei einer weiteren Zunahme der geopolitischen Unsicherheiten noch beträchtlich steigen könnten. Für Österreich bestehen erhebliche Unsicherheiten aufgrund der laut Statistik Austria sehr ungünstigen realen Entwicklung der Umsätze im Handel. Diese scheint allerdings zum Teil auf überhöhte Deflatoren im Einzelhandel und besonders im Großhandel zurückzuführen zu sein.

Nach ungünstigem Jahresbeginn nahm die österreichische Ausfuhr im Frühjahr kräftig zu. Im März lag der Export laut vorläufigen Angaben von Statistik Austria nominell um 12½% über dem Vorjahresniveau (I. Quartal +4½%). Damit scheint die Exportschwäche des Vorjahres (nominell +1,9%) überwunden. Besonders deutlich stieg im I. Quartal die Nachfrage aus Deutschland (+7%). Österreich profitiert einmal mehr von der engen Zulieferverflechtung mit der deutschen Exportindustrie. Dies spiegelt sich auch in der Güterstruktur der Ausfuhr: Überdurchschnittlich ausgeweitet wurden die Lieferungen von Maschinen und Fahrzeugen.

**Nachfrage aus  
Deutschland Motor für  
heimischen  
Warenexport**

*Der heimische Warenexport dürfte heuer vor allem von der Erholung der deutschen Exportindustrie profitieren und real um 5½% expandieren. Dies bedeutet dennoch leichte Marktanteilsverluste. Der Außenbeitrag zum realen Wirtschaftswachstum ist hoch (+½ Prozentpunkt). Allerdings trägt der kräftige Anstieg der Importpreise dazu bei, dass das Defizit in der Leistungsbilanz bei 2 Mrd. € verharrt.*

Das WIFO erwartet für heuer eine Zunahme des Warenexports um real 5½%. Das impliziert leichte Marktanteilsverluste aufgrund einer wechselkursbedingten Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und verschärfter Konkurrenzbedingungen in den neuen EU-Ländern. Dennoch wächst die Ausfuhr in die neuen EU-Länder kräftig (I. Quartal nominell +10% gegenüber dem Vorjahr). Im kommenden Jahr könnte der Anstieg des Warenexports etwa dem Marktwachstum entsprechen, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exporteure dürfte sich nach dem Abklingen der Aufwertungseffekte wieder merklich verbessern. Die relativen Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung verringern sich gegenüber den Handelspartnern weiter und liegen, trotz der Belastung durch die Aufwertung des Euro in den Jahren 2003 und 2004, um etwa 6% unter jenen des Jahres 1999.

Das Wachstum der Importe bleibt in realer Rechnung hinter jenem des Exports zurück. Zwar bedeutet eine Zunahme der Warenausfuhr auch eine Steigerung der Einfuhr – der Importgehalt des Exports beträgt etwa 33%; neben der relativ schwachen Inlandsnachfrage dämpfen heuer aber institutionelle Faktoren den Import: Die ursprünglich bis Ende 2003 befristete Investitionszuwachsprämie veranlasste im vergangenen Jahr viele Unternehmen, die Anschaffung von Maschinen und vor allem Fahrzeugen (Importanteil 74%) vorzuziehen. Dieser Basiseffekt dämpft heuer das Wachstum der Wareneinfuhr.

Die Importpreise stiegen aufgrund der Hausse auf den internationalen Rohstoffmärkten kräftig, die Terms-of-Trade verschlechtern sich heuer um mehr als 1%. Trotz der kräftigen Zuwächse im Export verbessern sich deshalb die Salden von Handels- und Leistungsbilanz kaum. Das Defizit in der Leistungsbilanz dürfte etwa 2 Mrd. € betragen, das entspricht knapp 1% des BIP. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz erhöht sich leicht und erreicht heuer gut 2 Mrd. €. Das Wachstum des Reiseverkehrsexports beschleunigt sich nach real +1¼% im Jahr 2004 auf +3,3% 2005. Die Auswirkungen der Verbesserung der Wirtschafts- und Einkommenslage in den wichtigen Herkunftsländern überwiegen die Dämpfung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung des Euro.

### **Ausrüstungs- investitionen steigen konjunkturbedingt**

Laut vorläufigen Berechnungen des WIFO stiegen die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen im Jahr 2003 real um mehr als 6%. Diese Zunahme ist deutlich höher, als unter den Rahmenbedingungen schwacher Kapazitätsauslastung zu erwarten gewesen wäre. Sie ist zum einen auf Erneuerungsinvestitionen zurückzuführen, die nach dem Einbruch der Investitionstätigkeit 2001 und 2002 (kumuliert -7%) notwendig wurden, und zum zweiten auf Vorzieheffekte wegen der ursprünglich bis Ende 2003 befristeten Investitionszuwachsprämie.

Eine endogene Erholung der Investitionskonjunktur kam nach Einschätzung des WIFO 2003 nicht in Gang. Die starken Basiseffekte machen eine Prognose der Investitionsentwicklung heuer schwierig. Eine Beschleunigung der Exportsteigerung und die optimistischere Stimmung im WIFO-Investitionstest vom Frühjahr 2004 lassen allerdings erwarten, dass die Unternehmen ihre Investitionen heuer auch konjunkturbedingt ausweiten werden. Das WIFO unterstellt für 2004 ein Wachstum von 4%, das sich 2005 beschleunigen sollte.

### **Wachstum der Industrieproduktion beschleunigt sich nur langsam**

*Der WIFO-Konjunkturtest für die Sachgütererzeugung bestätigt eine langsame Erholung der Produktion; eine breite Aufschwungstimmung hat sich noch nicht durchgesetzt.*

Die Sachgütererzeugung ist besonders konjunkturreagibel und stark von der Nachfrage aus dem Ausland abhängig. Der Produktionsindex liegt bis einschließlich März vor, er zeigt im I. Quartal einen Anstieg von nominell knapp 4½% gegenüber dem Vorjahr. Laut der vorläufigen VGR des WIFO erhöhte sich die Wertschöpfung im I. Quartal gegenüber dem Vorjahr real um 1¼%. Rezentere Daten für die Industriekonjunktur liefert der WIFO-Konjunkturtest. Die befragten Unternehmen meldeten per Saldo von Mitte bis Ende 2003 eine merkliche Verbesserung des Geschäftsklimas, die allerdings in den ersten Monaten 2004 einer breiten Verunsicherung über den weiteren Konjunkturverlauf wich. Diese könnte durch den neuerlichen Aufwertungsschub des Euro ausgelöst worden sein. Im April und Mai belebten sich die Produktionserwartungen wieder etwas, ohne dynamisch aufwärts zu zeigen. Gemäß dem WIFO-Konjunkturtest hält das Produktionswachstum in der Sachgütererzeugung an, be-



schleunigt sich aber nicht merklich. Das WIFO erwartet deshalb 2004 eine reale Erhöhung der Wertschöpfung von 2,8% und 2005 von etwa 4%.

Die Zahl der Beschäftigten lag in der Sachgütererzeugung in den ersten fünf Monaten des Jahres 2004 um fast 5.000 unter dem Vorjahreswert (-3/4%). Im Jahresdurchschnitt dürfte die Produktion je Beschäftigten um etwa 3 1/2% ausgeweitet werden. Zusammen mit mäßigen Gehaltsabschlüssen bedeutet diese kräftige Produktivitätssteigerung einen Rückgang der Lohnstückkosten um gut 1% pro Jahr. Die relativen Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern dürften sich heuer um 1% und 2005 um etwa 2% verbessern. Die österreichische Exportindustrie gewinnt wie in der Vergangenheit – sofern keine Aufwertung das Bild trübt – stetig an preislicher Wettbewerbsfähigkeit.

#### Übersicht 4: Produktivität

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,9
Vollzeitäquivalent	+ 1,0	+ 0,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6
Vollzeitäquivalent	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,8
<b>Sachgütererzeugung</b>						
Produktion <sup>2)</sup>	+ 6,5	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 4,0
Beschäftigte <sup>3)</sup>	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,5	± 0,0
Stundenproduktivität <sup>4)</sup>	+ 6,6	+ 1,6	+ 3,6	+ 1,3	+ 3,3	+ 3,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten <sup>5)</sup>	- 0,1	- 0,4	- 0,5	+ 0,2	± 0,0	+ 0,2

<sup>1)</sup> Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – <sup>2)</sup> Nettoproduktionswert, real. – <sup>3)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>4)</sup> Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – <sup>5)</sup> Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Auch heuer verzeichnet der Schienen- und Straßenbau einen guten Geschäftsgang. Im WIFO-Konjunkturtest beurteilen die Unternehmen des Tiefbaus die Auftragslage weiterhin günstig. Die Ausweitung der Zahl der Projekte, die auf dem Modell der Public Private Partnership basieren, bringt zwar kaum günstigere Finanzierungsbedingungen mit sich, erlaubt aber die Umsetzung von Bauprojekten trotz angespannter Lage der öffentlichen Haushalte. In den letzten Jahren haben vor allem die Gemeinden zum Zweck der Budgetkonsolidierung ihre öffentlichen Investitionen verringert.

Im Hochbau ist die Situation weniger günstig. Zwar sollte der Industriebau von der Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen profitieren, Büro- und Wohnungsbau tendieren aber abwärts. Die Leerstandsquote ist im Büro- und Wohnungsbau außergewöhnlich hoch, der Neubau wird deshalb gedrosselt werden. Im Wohnbau flaut die Erholungstendenz des vergangenen Jahres wieder ab. Der merkliche Rückgang der Bewilligungen im Wohnungsneubau (2003: -4.000) lässt für 2005 eine neuerliche Abschwächung der Bautätigkeit erwarten. Mit etwa 42.000 fertig gestellten Wohnungen dürfte die Produktion wegen der geringeren Nachfrage um fast ein Drittel unter dem Höchstwert von 1997 liegen.

Die Beschäftigung geht in der Bauwirtschaft weiter zurück, allerdings verflachen die Arbeitsplatzverluste. Von Jänner bis Mai lag die Zahl der Baubeschäftigten um knapp 2.500 (-1%) unter dem Niveau des Vorjahres. In den letzten fünf Jahren wurde die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft allerdings um 27.000 auf 237.000 verringert. Dies trug zur massiven Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation für ungenügend qualifizierte Männer entscheidend bei.

### Tiefbaunachfrage rege, Abschwächung im Wohnbau

*Im Schienen- und Straßenbau herrscht eine gute Auftragslage. Der Rückgang der Zahl der genehmigten geförderten Wohnungen spiegelt aber die Schwäche der Nachfrage im Hochbau wider. Die Bauwirtschaft wird heuer real um 2 1/2% und 2005 um 1 3/4% wachsen.*

Übersicht 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,68	4,46	4,46	4,46	+ 5,7	- 4,8	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau <sup>1)</sup>	40,81	40,74	41,88	43,56	+ 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 4,0
Energie- und Wasserversorgung	5,85	5,97	6,09	6,21	+ 5,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Bauwesen	13,48	13,87	14,22	14,46	- 0,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,7
Handel <sup>2)</sup>	24,78	25,11	25,46	26,10	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,58	7,71	7,90	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,49	14,65	14,84	15,11	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,8
Kreditinstitute und Versicherungen	13,64	13,45	13,55	13,69	+ 0,1	- 1,4	+ 0,8	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	29,59	30,03	30,69	31,70	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,3
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	10,76	10,74	10,69	10,69	- 0,4	- 0,2	- 0,5	± 0,0
Sonstige Dienstleistungen	25,48	25,85	26,19	26,71	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>5)</sup>	190,99	192,46	195,79	200,59	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,52	205,95	211,07	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5

<sup>1)</sup> Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – <sup>2)</sup> Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – <sup>3)</sup> Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – <sup>4)</sup> Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – <sup>5)</sup> Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Energievertierung beschleunigt Inflation

Der Anstieg der Erdölpreise erhöht die Inflationsrate 2004 und 2005 jeweils um etwa ¼ Prozentpunkt, der Preisauftrieb auf Verbraucherebene erreicht in beiden Jahren fast 2%. Die Nettoeallöhne je Beschäftigten wachsen auch heuer kaum, erst mit der Steuersenkung 2005 ergibt sich erstmals seit dem Jahr 2000 ein nennenswerter Zuwachs.

Die Inflationsrate ist seit Jahresbeginn markant gestiegen. War sie im Jänner noch bei 1,1% gelegen, so betrug sie im Mai bereits 2,1%. Der Preisauftrieb geht im Wesentlichen auf die Zunahme der Energiekosten zurück. Die Preise von Nahrungsmitteln (Jänner bis April +2%) und Restaurantkonsum (+2¼%) steigen nach wie vor sehr kräftig. Im Jahresdurchschnitt 2004 dürfte die Inflationsrate fast 2% erreichen. Die Vertierung von Energie wird den Preisauftrieb auf Konsumentenebene bis weit ins Jahr 2005 hinein erhöhen. Deshalb muss auch im kommenden Jahr mit einer Inflationsrate von knapp 2% gerechnet werden. Der nach einheitlichen EU-Standards berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex steigt heuer um 1,9% und 2005 um 1,6%.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf <sup>1)</sup>	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,7
Vollzeitäquivalent	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,1
Realeinkommen pro Kopf <sup>1)</sup>						
Brutto	+ 1,0	- 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,9
Netto	+ 1,6	- 1,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,2
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 4,2
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,1
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 5,0	+ 1,6	- 0,7	+ 0,3	- 1,1	- 1,3
Relative Lohnstückkosten <sup>2)</sup>						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 6,0	- 0,4	- 0,7	+ 2,0	- 0,9	- 2,3
Gegenüber Deutschland	- 2,3	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	- 1,5	- 1,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,1	- 0,1
Real	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,1	- 0,5

<sup>1)</sup> Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – <sup>2)</sup> In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Inflationsbeschleunigung drückt die Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen. Diese werden in der Gesamtwirtschaft heuer um 1¼% zunehmen. Der Anstieg der Energiepreise dämpft zwar auch das Wachstum des privaten Konsums leicht, dürfte primär aber zulasten des Sparanteils am verfügbaren Einkommen gehen. Die Nettomasseneinkommen umfassen die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen einschließlich der Transfers nach Steuern. Sie erhöhen sich heuer real um nur ½%. Etwa gleich stark dürften die Nettoeinkommen pro Kopf steigen. Erst 2005 ist eine deutlichere Ausweitung der Einkommen je Beschäftigten zu erwarten. Die Senkung der Lohnsteuer wird eine Zunahme der Pro-Kopf-Einkommen nach Steuern um real 2¼% bewirken.

Die Wirtschaftslage im Handel ist derzeit aufgrund hoher Unsicherheiten in den offiziellen Daten sehr schwierig zu beurteilen. Nach einem deutlichen Rückgang der nominellen Umsätze im Jänner und Februar brachten März und April merkliche Zuwächse. Vor allem im Großhandel hat sich die Entwicklung gedreht. Dies steht im Einklang mit den Informationen über den Außenhandel. Allerdings spiegeln die um Preissteigerungen bereinigten Werte diese Erholung nicht ausreichend wider. Sie zeigen einen Rückgang der Umsätze von Jänner bis April um 2½% gegenüber dem Vorjahr. Die mögliche Überschätzung der Preissteigerungen im Einzelhandel dürfte sich jüngst wesentlich verringert haben. Das WIFO geht in der vorläufigen VGR davon aus, dass die Wertschöpfung im Handel im I. Quartal real um knapp 1% unter dem Vorjahreswert lag. Unter diesen Vorzeichen muss die Prognose, die ein Wachstum von gut 1¼% für das Jahr 2004 vorsieht, als optimistisch beurteilt werden.

Günstiger als die Wertschöpfung im Handel zeigt sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Sie expandierte im I. Quartal gegenüber dem Vorjahr real um nur 1%, im Jahresdurchschnitt könnten die Konsumausgaben um gut 1½% höher sein als 2003. 2005 wird sich das Wachstum der verfügbaren Realeinkommen aufgrund der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer deutlich beschleunigen (+3%). Damit könnte die Steigerung des privaten Konsums erstmals seit 2000 den langfristigen Durchschnitt erreichen (+2½%). Vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wird beträchtlich ausgeweitet (real +5½%). Allerdings wird ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Ausgaben auf importierte Güter und Auslandsreisen entfallen.

### Schwache Umsätze im Handel, Konsum profitiert 2005 von Steuersenkung

Wertschöpfung und Umsätze des Handels blieben in realer Rechnung zu Jahresbeginn merklich unter dem Niveau des Vorjahres. Günstiger zeigt sich die private Konsumnachfrage, sie expandiert 2004 um gut 1½%. Bedingt durch Mehraufwendungen für Energie geht der Sparanteil am verfügbaren Einkommen heuer leicht zurück, erst nächstes Jahr wird er sich infolge der Steuersenkung kräftig erhöhen.

#### Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,8	+ 2,5	+ 5,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 3,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 3,0
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte <sup>2)</sup>	8,4	7,5	8,2	8,4	8,3	8,8
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,8	+ 3,0
	In %					
Inflationsrate						
National	2,3	2,7	1,8	1,3	1,9	1,8
Harmonisiert	2,0	2,3	1,7	1,3	1,9	1,6
Kerninflation <sup>3)</sup>	0,9	2,3	2,0	1,3	1,5	1,6

<sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – <sup>3)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die Sparquote wird heuer etwas unter dem Wert des Vorjahres liegen. Die Energieverteuerung zieht kaum eine Verringerung der Nachfrage nach sich, sondern primär einen Rückgang des Sparanteils am verfügbaren Einkommen. Im Jahr 2005 wird die Sparquote kräftig steigen und fast 9% des verfügbaren Einkommens erreichen. Die Ausweitung der Einkommen durch die Steuerreform wird etwa zur Hälfte in höhere Ersparnisse fließen.

## Beschäftigung reagiert auf Wachstumsbeschleunigung

Die Verbesserung der Wirtschaftslage hat eine Zunahme der Beschäftigung zur Folge. Dies schlägt sich allerdings nicht in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder, weil das Angebot an ausländischen Arbeitskräften weiterhin kräftig ausgeweitet wird.

Die langsame Erholung der Produktion schlägt sich mit leichter Verzögerung auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. In der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft, den Sektoren mit dem stärksten Wachstum, verflacht der Beschäftigungsrückgang, der Dienstleistungssektor stellt zusätzliche Arbeitskräfte ein. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten wird heuer um 0,6% (+17.000) und 2005 um 0,9% steigen. Damit könnte der Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2005 auf 63,4% zunehmen.

In den Jahren 2002 und 2003 ging die Zahl der beschäftigten Inländer um mehr als 30.000 zurück, heuer könnte sie sich erstmals wieder leicht erhöhen (+4.000). Hingegen steigt die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte seit Jahren kräftig, sie wird auch heuer (+13.000) und 2005 (+21.000) beträchtlich wachsen. Die merkliche Ausweitung des Angebotes an ausländischen Arbeitskräften bildet den Hauptgrund dafür, dass die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums nicht ausreicht, um die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Diese wird im Jahresdurchschnitt 2005 über 240.000 verharren. Die Arbeitslosenquote beträgt dann 7,0% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,4% der Erwerbspersonen laut EU Labour Force Survey.

### Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+ 30,1	+ 13,9	- 11,6	+ 8,5	+ 20,7	+ 31,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)2)</sup>	+ 28,2	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 17,5	+ 28,1
Veränderung gegen das Vorjahr	<i>in %</i>					
Inländer	+ 14,8	+ 3,0	- 20,1	- 10,4	+ 4,5	+ 7,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 13,0	+ 21,1
Selbständige <sup>3)</sup>	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,4
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 27,0	+ 27,5	+ 27,0	+ 29,1	+ 11,7	- 4,0
15- bis 59-Jährige	- 16,5	- 13,8	- 1,2	+ 12,3	+ 14,3	+ 26,3
Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	+ 2,7	+ 23,5	+ 17,0	+ 16,1	+ 24,6	+ 29,5
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>5)</sup>	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,9	- 2,0
Stand	<i>in 1.000</i>					
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen <sup>6)</sup>	3,7	3,6	4,3	4,4	4,5	4,4
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,3	5,5	6,2	6,3	6,4	6,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	7,0
<i>Beschäftigungsquote</i>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)7)</sup>	63,3	63,3	62,8	62,6	62,8	63,4
Erwerbstätige <sup>6)7)</sup>	68,5	68,5	69,2	69,2	69,4	69,6

<sup>1)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – <sup>2)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>3)</sup> Laut WIFO. – <sup>4)</sup> Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – <sup>5)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>6)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>7)</sup> In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

## Steigendes Budgetdefizit trotz günstigerer Konjunktur

Trotz beginnender Verbesserung der Wirtschaftslage tendiert der Staatshaushalt zu einer Verschlechterung seiner Finanzlage. Für den Finanzierungssaldo des Staates ist heuer ein Abgang von etwa 3 Mrd. € zu erwarten, das entspricht 1¼% des BIP. In den ersten Monaten des Jahres 2004 blieb das Aufkommen an Umsatzsteuer überraschend gering und fiel deutlich hinter den Voranschlag zurück. Der Schwäche des privaten Konsums Ende 2003 kann diese Entwicklung nur zum Teil erklären. Auch die Einnahmen an Körperschaftsteuer und Einkommensteuer stiegen nur langsam; hier

schlagen sich u. a. die Kosten der Investitionszuwachsprämie für Unternehmen nieder, die höher als erwartet ausfielen. Die hohe Arbeitslosigkeit sowie ein zunehmender Aufwand für Kinderbetreuungsgeld und Altersteilzeitgeld belasten den Sozialhaushalt. Im Jahr 2005 werden die öffentlichen Haushalte primär von der Senkung der Lohn- und Gewinnsteuern geprägt. Die Steuerreform bringt eine Verschlechterung des Finanzierungssaldos um etwa ¾% des BIP mit sich. Das Defizit des Gesamtstaates wird auf mehr als 4 Mrd. € (1¾% des BIP) steigen.

#### Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition <sup>1)</sup>	- 1,5	+ 0,2	- 0,2	- 1,3	- 1,2	- 1,7
Laut VGR	- 1,7	+ 0,1	- 0,4	- 1,4	- 1,4	- 1,8
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	2,3	2,0	2,3
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup>	5,6	5,1	5,0	4,2	4,3	4,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 1,2	± 0,0
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 1,1	- 0,4

<sup>1)</sup> Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).